



# klartext:

infobrief der **spd** betriebsgruppe im lvr  
august 05 | 6. ausgabe

## Streit um das Personaldezernat Interview mit Dr. Jürgen Rolle

Die neue Mehrheit im LVR von SPD, Grünen und FDP hat sich dazu entschlossen, das Personaldezernat, das bisher von Reinhard Elzer (CDU) geleitet wurde, neu zu besetzen. Elzer ist zugleich Geschäftsführer der »Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse (RVK)«. Dieses rechtlich vollkommen selbständige Institut verantwortet die Pensionen und Betriebsrenten für Tausende von kommunalen Beamten und Angestellten. Die RVK hat Kapitalanlagen und Rücklagen von 3,1 Milliarden Euro. Sie ist damit eine der größten Versorgungskassen in Europa.

Diese Entscheidung hat in der SPD Betriebsgruppe wie in der Öffentlichkeit zu großen Irritationen geführt. **klartext:** möchte helfen, die entstanden Fragen zu beantworten, und führte dazu ein Interview mit Dr. Jürgen Rolle, Vorsitzender der SPD Fraktion.

*Nach Meinung der CDU belastet diese Entscheidung den LVR-Haushalt mit rund 250 000 Euro. Wozu braucht der LVR ein neues Dezernat, wenn der LVR überall sparen muss?*

**»... das war keine Aktion gegen Herrn Elzer.«**

Uns war es wichtig, dass wie in vergangenen Zeiten z.B. unter Karl Bechtel die Versorgungskasse und das Personaldezernat für rund 14 000 Mitarbeiter/innen getrennt geleitet werden. Beide Bereiche sind für sich so umfangreich und wichtig, dass eine solche Trennung Sinn macht.

Zu den Kosten: Die Versorgungskasse trägt nun die Kosten für ihre Geschäftsführung zu 100 % selbst – früher waren es 50 %. Für den LVR entstehen so Mehrkosten von rund 40 % – also nur ein Bruchteil dessen, was die CDU behauptet. Durch die geplante Umwandlung des von der CDU-Mehrheit in der Vergangenheit geschaffenen Schulamtes in eine Abteilung des Dezernates 4 und die damit verbundene Einsparung der Amtsleiterstelle samt Sekretariat etc. wird es unterm Strich keine Mehrkosten für den LVR-Haushalt geben.

Ich möchte hier nochmals darauf hinweisen, dass diese Regelung keine Aktion gegen Herrn Elzer war. Vielmehr hatte die Gestaltungsmehrheit anfangs dem Landesdirektor den Vorschlag gemacht, die Geschäftsführung der Versorgungskasse neu zu besetzen und das Personaldezernat bei Herrn Elzer zu belassen.

*Ist diese Entscheidung, die im Moment vielleicht den sozialdemokratischen Einfluss stärkt, am Ende eine, die dem sozialdemokratischen Image schadet?*

Die Gestaltungsmehrheit ist sich einig, dass bei den Dezernatsleitungen alle Fraktionen vertreten sein sollten. Deshalb wird das Vorschlagsrecht für die Leitung des Personaldezernates auch bei der FDP liegen. Die Stelle wird öffentlich ausgeschrieben. Dies unterscheidet uns deutlich von der Personalpolitik der CDU in den letzten Jahren, die, ohne Not, z.B. Amtsleiterstellen neu geschaffen und CDU-orientiert besetzt hat.

Zur Imagefrage: Der Kurs der SPD in der Gestaltungsmehrheit ist klar teamorientiert und hält auch bei der Durchsetzung eigener sozialdemokratischer Interessen die der anderen im Auge. Ich denke das ist auch ein Imagefaktor!

*Das Personaldezernat ist ein Schlüsseldezernat. Sollte es nicht besser von der stärksten Fraktion der Gestaltungsmehrheit besetzt werden? >>> weiter auf der nächsten Seite >>>*



Dr. Jürgen Rolle, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung

## Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Landtagswahl ging verloren. Wer angetreten ist, sozialdemokratische Regierungspolitik auch über den 24. Mai hinaus fortzuschreiben, kann angesichts einer schwarz-gelben Mehrheit zu keinem anderen Schluss kommen. Doch der Umstand, Positionen der politischen Machtausübung nicht mehr zu besetzen, bedeutet noch längst nicht politische Ohnmacht. Rot und auch Grün sind nach wie vor kräftige Farben im politischen Spektrum unseres Bundeslandes. Die Rolle der Opposition ist keine Nebenrolle. Unerlässlich für den demokratischen Prozess bieten sich auch in ihr Gestaltungsmöglichkeiten und Einflussnahme auf schwarz-gelbes Tun und Lassen.

Ein Umstand, der von den neuen Regierenden in Düsseldorf bereits anerkannt wurde, indem man bekundet hat, die sozialdemokratische Opposition in Entscheidungsprozesse um eine Verwaltungsreform einzubeziehen. Ein Thema, das uns als Beschäftigte beim Landschaftsverband Rheinland sehr unmittelbar betrifft. In dieser Debatte, die viele mit der Sorge verfolgen, Dienstorte würden sich verlagern und Aufgaben wegfallen, bis die Landschaftsverbände aufgelöst sind, gilt es, die sozialdemokratische Position »Pro Landschaftsverbände« wirksam zu vertreten.

Die bundespolitische Dimension des Wahlergebnisses vom Mai wird in den für den 18. September angesetzten Neuwahlen am deutlichsten. Neben allem, was das heißt, und egal wie eins oder uneins man mit dem Weg zu diesem Termin ist, für uns Genossinnen und Genossen in NRW heißt es ganz direkt: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Und wer die Wahl hat, hat die Qual. - Wer Erfahrungen in Sachen Wahlkampf hat, weiß um die doppelte Bedeutung dieser Feststellung.

Übrigens: Die Betriebsgruppe hat auch gewählt. – Einen neuen Vorstand nämlich. Der besteht (nach wie vor) aus:

- Thomas Böll (Vorsitzender)
- Doris Scherer-Ohnemüller (stellv. Vorsitzende)
- Reinhard Noelle (stellv. Vorsitzender)

- Frithjof Berg, Jost Eickmann, Annemie Frenzel, Ernst Frenzel, Myriam Fürst, Christoph Gilles, Uschi Hülsen, Verena Mäckle-Schäfer, Richard Miller, Thomas Nowakowski, Karl-Heinz Schleiermacher, Kaspar Schmitz, Dieter Semmelroth, Uwe Steinkrüger, Gerhard Voß, Gerhard Zorn

>>> Fortsetzung >>>

Das Prinzip »gleiche Augenhöhe« ist für uns und die anderen Fraktionen von Grünen und FDP ein Leitprinzip, das gilt! Nur so sind wir in der Lage und stark genug, unsere Politik gegen die CDU durchzusetzen.

## »... bis zum Ende der Wahlperiode zusammen agieren.«

*Mit dem Blick auf's Ganze eine Frage zum Abschluss: Wie kann sozialdemokratische Politik in der Dreiergestaltungsmehrheit mit den Grünen und der FDP ein erkennbares Profil entwickeln?*

Nach acht Monaten gemeinsamer Arbeit haben wir vor einigen Tagen Bilanz gezogen: Wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben, wir haben einige Schwachstellen in der Organisation beseitigt und Abläufe optimiert und wir haben den festen Willen, gemeinsam als die Gestaltungsmehrheit bis zum Ende der Wahlperioden erfolgreich zusammen zu agieren.

Dabei wird sozialdemokratisches Profil an vielen Stellen deutlich. Ein Beispiel dazu: Eltern behinderter Kinder, die im Rheinland einen integrativen Kindergarten besuchen brauchen ab August keine Beiträge mehr zu zahlen, die übernimmt der LVR.

Die CDU hat mit der Gleichstellung aller Kindergarten-Eltern dagegen argumentiert. Uns ging es aber darum, die verschiedenen Möglichkeiten der Betreuung und Erziehung von behinderten Kindern im Kindergarten gleichzustellen: die Sonderkindergärten, die schon immer kostenfrei waren und die integrativen Kindergärten. Hier können behinderte und nicht-behinderte Kinder und deren Eltern das Zusammenleben erfahren – so ganz einfach Tag für Tag. Aus der Sondersituation wird Alltäglichkeit. Auch das Kostenargument der CDU zieht nicht: Jedes Kind, das in einer integrativen Einrichtung untergebracht wird benötigt keinen Platz im Sonderkindergarten mehr.

Sozialdemokratische Politik ist der sozialen Gerechtigkeit und der Teilhabe aller verpflichtet. In der aktuellen gesellschaftlichen Situation heißt das, dass wir Sozialdemokraten dafür eintreten, die Bindungskräfte dieser Gesellschaft zu stärken um ein Auseinanderdriften in Parallelgesellschaften zu verhindern.

*Jürgen Rolle, vielen Dank für das Gespräch.*

### Impressum

Herausgeber: SPD-Betriebsgruppe im LVR

Redaktion: Christoph Gilles (verantwortlich),  
Thomas Nowakowski (Gestaltung),  
Thomas Böll, Uwe Steinkrüger

Kontakt: 0221/809-6253; christoph.gilles@lvr.de

Auflage: 200

Alle bisherigen Ausgaben von klartext finden Sie als PDF auf den Seiten der SPD-Betriebsgruppe.

## Zwischen Veränderung und Kontinuität Eindrücke von der Jahreshauptversammlung



Das Präsidium (v.l.): Doris Scherer-Ohnemüller, Thomas Böll, Jürgen Rolle, Reinhard Noelle

Wie immer sind es die kleinen Überraschungen beim Reinkommen: »Ach, der auch in der SPD?«, »Die? – Das hätte ich nicht gedacht!«. Ist ja ein angenehmes Gefühl, den doch großen Kreis der Gesinnungsgenossinnen und Genossen zu kennen. Jahreshauptversammlung, das klingt schon ärch drüsch – ist es aber nicht. Mit neuem SPD-Wahlfilm, Getränken und lockerer Moderation lassen sich auch die notwendigen formalen Tagesordnungspunkte in beeindruckenden 16 Minuten abhandeln. Immerhin sind das zehn Tagesordnungspunkte, die zu diesem Teil gehören. Der neue – alte Vorstand – wurde wiedergewählt.

Höchst interessant die folgende politische Debatte über die Zukunft des LVR, bereichert und fundiert durch den Vortrag des Fraktionsvorsitzenden Jürgen Rolle. Was wird sich verändern, welche guten und weniger guten Gründe gibt es dafür, was wird sich nach der Landtagswahl tun – immer ging es um die Pole von Veränderung und Kontinuität. Wie passt Bestandssicherung zu notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklungen?

Das Spekulieren vor der Wahl ist dem Spekulieren nach der Wahl gewichen. Wie immer auch CDU und FDP die NRW Behördenlandschaft neu gestalten wollen – die SPD-Fraktion im LVR hat sich dazu als konstruktiver Partner positioniert.

Erfrischend der Verzäll hinterher, ein Kölsch zusammen mit anderen schmeckt eben auch im Raum Wupper! *Christoph Gilles*

## Regionalpräsidien: Landesbehörde oder Kommunalverband?

Die neue Koalition im Düsseldorfer Landtag hat das Thema Verwaltungsreform in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Sie will prüfen, welche Aufgaben von der so genannten »mittleren Ebene« (gemeint sind die Bezirksregierungen und die Landschaftsverbände) auf die Kommunen verlagert werden sollten. Die verbleibenden Aufgaben sollen »Regionalpräsidien« erledigen. Diese sollen die Aufgaben von Bezirksregierungen und Landschaftsverbänden zusammenfassen.

Es ist gut, dass die neue Mehrheit im Landtag zunächst prüfen und danach entscheiden will. Hauruck-Aktionismus ist bei der komplexen Materie nicht angebracht. Diese Lektion haben wohl alle gelernt. Zu begrüßen ist auch, dass alle Reformen gemeinsam mit der SPD beschlossen werden sollen, das gibt den Entscheidungen eine breitere Basis.

Die LVR-SPD wird sich konstruktiv an diesem Diskussionsprozess beteiligen. Denn auch für uns gilt: Verwaltungen sind kein Selbstzweck! Wenn Aufgaben bei gleicher Qualität(!) mit weniger Aufwand wahrgenommen werden können, dann werden wir Veränderungen unterstützen. Wenn allerdings Aufgabenverlagerungen den Zweck haben, die Versorgung hilfebedürftiger Menschen zu verschlechtern, um Geld zu sparen, dann machen wir nicht mit!

Unsere Bedenken gegen Mischbehörden mit staatlichen und kommunalen Aufgaben werden wir detailliert vortragen. Überörtliche Aufgaben durch kommunale Verbände wahrzunehmen hat sich bewährt, weil kommunale Verwaltung flexibler und bürgernäher ist. Daher hoffe ich, dass mit der Wortschöpfung »Regionalpräsidien« keine Landesbehörden, sondern Kommunalverbände gemeint sind.

Die Landschaftsverbände in NRW haben sich bewährt. Wenn es sie nicht gäbe, müssten sie erfunden werden, hat Johannes Rau einmal gesagt; wohl wissend, dass in beiden Verbänden über längere Zeiträume die CDU eine bestimmende Rolle gespielt hat. *Jürgen Rolle*